

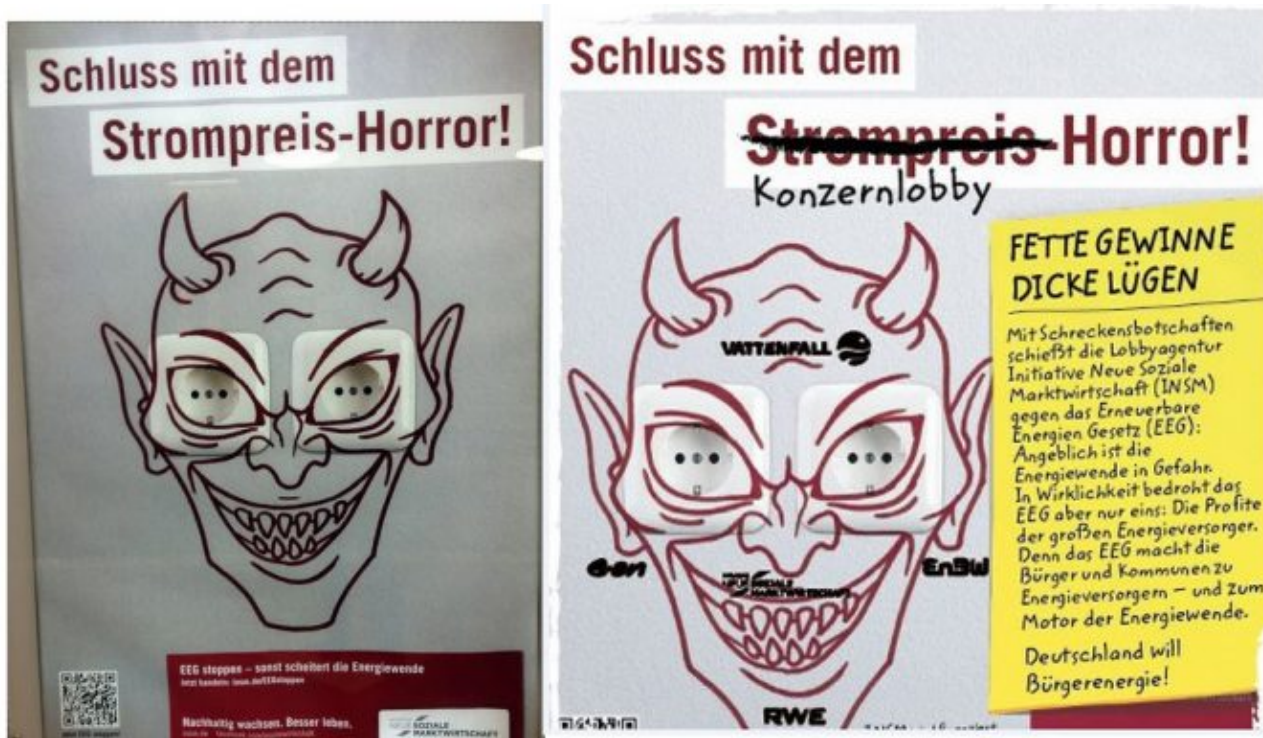
Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

mit Sitz in Berlin ist eine im Jahr 2000 gegründete Lobbyorganisation deutscher Großunternehmen, die sich den Anschein von Unabhängigkeit und Überparteilichkeit gibt. Alleingesellschafterin der INSM GmbH ist die IW Medien GmbH, die wiederum eine 100-prozentige Tochter des [IW Köln \(Institut der deutschen Wirtschaft\)](#) ist. Das IW Köln (früher Deutsches Industrie Institut DI) hat bereits seit der Gründung im Jahr 1951 als Trägervereine die beiden Wirtschaftsverbände BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) und BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände). Man könnte auch sagen, dass die INSM so etwas wie die PR-Abteilung von BDI und BDA ist.

Diese führte ab dem Jahr 2000, seit ihrer Gründung, einen regelrechten Feldzug gegen den Sozialstaat. Die Agenda 2010, die Einführung der privaten Altersvorsorge, die Zunahme an Mini-Jobs, Werkverträgen und vieles mehr sind Ergebnisse der direkten und indirekten INSM-Lobbyarbeit. Sie nennt sich Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, doch das „Neue“ lässt sich am besten übersetzen mit KEINE SOZIALE Marktwirtschaft. Seitdem 2012 (der Hauptgegner vom 2010 verstorbenen Hermann Scheer) [Wolfgang Clement Kuratoriumsvorsitzender der INSM](#) geworden ist, ist auch die Umwelt- und Energiepolitik dazugekommen.

Die INSM-Kampagne von 2012

2012 gab es den für diese Lobbyorganisation so typischen Etikettenschwindel in Form der [INSM-Kampagne „EEG stoppen – Energiewende retten“](#). EEG = Erneuerbare Energien Gesetz. Jahre zuvor wurde durch Einflussnahme vom BDI mittels der sehr stark gestiegenen Industrieausnahmen, sowie Einflussnahme des BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) mittels des 2009 geänderten Wälzungsmechanismus (Implementierung des EEG-Paradoxons durch Merit-Order und sinkende Börsenstrompreise) die EEG-Umlage politisch künstlich aufgebläht. So wurde etwa die [75-prozentige](#) Steigerung der EEG-Umlage-2010 in Medien und der öffentlichen Debatte alleinig der 22-prozentigen Steigerung der Förderkosten von [2009](#) auf [2010](#) durch neugebaute Anlagen angelastet, was absurd war. Die starke Abweichung zwischen der [Entwicklung der Förderkosten](#) und der [Entwicklung der EEG-Umlage](#) vor und nach 2009 kann jeder selbst mit einem Taschenrechner anhand der Originalzahlen überprüfen. Als die EEG-Umlage weiterhin durch die politisch gewollte Aufblähung unvergleichlich stärker anstieg, als sie allein durch die Förderkosten neuer EEG-Anlagen hätte ansteigen können, wurde der Anstieg der EEG-Umlage tatsachenverdrehend nach wie vor allein den Förderkosten der Anlagenbetreiber angelastet und das EEG und die dadurch bis dahin sehr schnell gewachsene Bürgerenergiewende in einer beispiellosen Hetzkampagne (“Strompreisexplosion durch Öko-Subventionen”) zum Abschluss freigegeben.



Plakataktion der INSM 2012 in Berlin; Gegenaktion durch Berliner Spontis als Reaktion

Foto: privat

Das Ergebnis war anhand der dadurch forcierten EEG-Novellen ein kompletter Zusammenbruch des Photovoltaik-Zubaus mit über 82.000 verlorenen Arbeitsplätzen vor allem im Handwerk und Handel, sowie der seit 2018 erfolgte Zusammenbruch des Onshore-Wind-Zubaus, zusätzlich verstärkt durch Gegenbewegungen wie „Gegenwind“ oder „Vernunftkraft“. Der erwartete Arbeitsplatzverlust bei Wind-Onshore liegt bei derzeit 40.000. Die Arbeitsplatzargumentation (Braunkohle 20.851 + Steinkohle 8.400) des Wirtschaftsministers Altmaier gegen den von Fridays for future geforderten Kohleausstieg bis 2030 entlarvt sich in Anbetracht dessen als das, um was es wirklich geht: Schutz vor stranded Investments für diejenigen, die in fossile Energien investiert haben.

Mit der INSM-Themenkampagne von 2012 wurde nicht die Energiewende gerettet, sondern eher [die großen atomar-fossilen Stromkonzerne](#) vor der bis dahin erfolgten Bürgerenergie. Denn das von der INSM propagierte „Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien“, umgesetzt durch die EEG-Novelle 2014 und 2017, ist maßgeschneidert für die großen Energieunternehmen. Zum einen hat es lästige Konkurrenz aus dem Weg geräumt, den Prozess des Wandels gebremst und zugleich den Weg dafür geebnet, selbst mehr Marktanteile bei erneuerbaren Energien zu gewinnen. Dieser Anteil war bislang verschwindend gering.

Das frühere EEG glich nämlich einem gewaltigen Umverteilungsprogramm. Die Einnahmen aus der Stromproduktion landeten nicht wie im fossil-atomaren System ausschließlich auf den Konten von börsennotierten Aktiengesellschaften, sondern kamen zu großen Teilen auch unzähligen Landwirten, Familien, Stadtwerken, Gemeinden, Landkreisen, Schulinitiativen, Energiegenossenschaften, Handwerksbetrieben und mittelständischen Produktionsbetrieben zugute.

Wer mit dem Zug von Nord nach Süd fährt, kann diesen Wandel deutlich sehen. Die Mitmach-Energiewende hatte bis zu Beginn der Gegenkampagne eine sehr hohe Zustimmung in der Bevölkerung und wuchs sehr schnell. Als die Zahl der Energiegenossenschaften rasant anstieg, diese auch noch mit innovativen PV-Mieterstrommodellen den Bevölkerungskreis der Bürgerenergie erweitern konnten und endlich auch Mieter im sozialen Wohnungsbau vom EEG

profitierten, wurde von der INSM und dem Ausführungsorgan Gabriel/Altmaier eilig die Notbremse gezogen. Mit massiven Vergütungskürzungen, Ausschreibungen, verpflichtender Direktvermarktung ab 100 Kilowatt und einer Eigenverbrauchsabgabe (für Direktlieferungen von Solarstrom muss EEG-Umlage in voller Höhe gezahlt werden) wurde insbesondere den Genossenschaften die [wirtschaftliche Grundlage für ihre Mieterstromprojekte entzogen](#).

Tina Ternus, Mitbegründerin des photovoltaikbüros, 9. Oktober 2019
„Rezo, Fridays for future und die Initiative neue soziale Marktwirtschaft“